WB-FU-01-197

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Luise Amtsberg (Kiel KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 197 bis 204:

~~Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Krieg und Not geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir die ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungprogramme wieder einführen. Neben dem Asylrecht, das wir unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Wir setzen uns dafür ein, humanitäre Visa einzuführen, die Menschen eine sichere Flucht ermöglichen.~~

Eine verantwortungsvolle und humanitäre Flüchtlingspolitik nimmt zuallererst den Menschen und seine Schutzbedarf in den Blick. Dieser Anspruch ist Leitlinie unserer Innen- und Aussenpolitik. Wir wollen verhindern, dass Menschen auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in existenzielle Nöte geraten. Deswegen werden wir auf europäischer Ebene für ein Seenotrettungsprogramm eintreten und in Deutschland großzügige Aufnahmeprogramme schaffen. Diese humanitäre Verantwortung tragen wir auch für Menschen, die bereits in Deutschland leben und Schutz suchen. Sie dürfen nicht, wie im Falle Afghanistans, Opfer innenpolitisch motivierter Zahlenspiele werden. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete werden wir nicht mittragen und verhindern. Unser Ziel ist ein bundesweiter Abschiebungsstop nach Afghanistan.

Begründung

Die Abschiebepolitik der Bundesregierung nach Afghanistan ist eines der derzeit eines der am stärksten diskutierten Themen in der deutschen Asylpolitik. Wir Grüne haben uns immer gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete ausgesprochen, daher ist es nur konsequent wenn wir uns zu dieser aktuellen Frage deutlich positionieren.

Unterstützer*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Kerstin Mock-Hofeditz (Nordfriesland KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Volker Beck (Köln KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Marco Lange (Hamburg-Nord KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Andreas Tietze (Nordfriesland KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Kemal Anıl

Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV)